



ELTERN FÜR BILDUNG

Landeselterninitiative für Bildung

Fasanenweg 3a
66129 Saarbrücken

Sparkasse Neunkirchen,
BLZ 592 520 46
Konto Nr. 50236423 Andrea Martin

Sprecher

Bernhard Strube
Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken
Telefon: 06805 21010
Handy: 0163 2819959
Bernhard.Strube@t-online.de

Medienmitteilung der Landeselterninitiative für Bildung

9.11.2009

Position der Landeselterninitiative zum Koalitionsvertrag (Bildung) CDU/FDP/Grüne

Die Landeselterninitiative für Bildung begrüßt im Bildungsprogramm den durchgängig erkennbaren Ansatz zu mehr individueller Förderung an den Schulen. Sie kritisiert aber, dass anders als bei den Grundschulen eine Differenzierung und Individualisierung des Lernens bei den weiterführenden Schulen nicht vorgesehen ist und Förderung dort nur "außerhalb des regulären Pflichtunterrichts" angeboten werden soll. "Gerade an den weiterführenden Schulen, insbesondere den Gymnasien, muss es Pflichtfach für Lehrer werden, die Kinder nach ihrem individuellen Lern- und Leistungsvermögen zu fördern und fordern", sagte Bernhard Strube, der Sprecher der Initiative. So habe die Erfolgsgeschichte Finnlands begonnen.

Die neue Landesregierung müsse, wenn sie die Schulstruktur anpacken will, für einen breiten gesellschaftlichen Konsens werben. Die Eltern haben angesichts des "Kulturkampfes" in Hamburg die Sorge, dass viel Kraft verbraucht wird und zu viele Verletzungen entstehen, wenn die Veränderung der Schulstruktur in den Vordergrund rückt. Hauptaufgabe sei in erster Linie die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Den Eltern ist der Ansatz zu längerem gemeinsamem Lernen "zu kümmerlich, als dass er einen derart gravierenden Eingriff in das Konzept der weiterführenden Schulen, insbesondere der Gymnasien rechtfertige". Gerade die Gymnasien brauchten nach Einführung von G 8, neuer Oberstufe und notwendiger G 8-Reform eine Phase der Konsolidierung und Entwicklung von Qualität im Innern.

Statt einer neu zu organisierenden Gemeinschaftsschule solle die Landesregierung auf das vorbildliche Konzept des Schengen-Lyzeums zurückgreifen und es für die sog. zweite Säule verbindlich machen. Das unter dem Einfluss Luxemburgs entstandene Konzept, eine Mischung aus Gymnasium und integrierter Gesamtschule, ähnele dem Finnlands für seine Schulen. Die Landeselterninitiative

meint, dass diese Lösung auf größere Zustimmung stoßen werde, und hebt die Vorteile des Schengen-Lyzeums hervor: echte Ganztagschule mit max. 27 Schülern je Klasse, mit einem differenzierten Konzept für individuelle Förderung und Aufrücken bis Klasse 9, ohne Sitzenbleiben (!); der am Ende der Klasse 9 erreichte Leistungsstand ist ausschlaggebend für die von der Zeugniskonferenz zu vergebenden Berechtigungen (Bildungswege, Abschlüsse) wie Hauptschulabschluss, Zulassung zu Klasse 10 des berufsbildenden oder Klasse 10 des gymnasialen Zweigs; höherer Bildungsabschluss nach 12 Jahren, ohne Druck wie beim G 8. Die neue Schule müsste kooperieren mit "angeschlossenen" Grundschulen, so die Eltern.

Die Landeselterninitiative vermisst bei den Koalitionspartnern allgemein verbindlichere Aussagen zu kleineren Klassen und mehr Freiraum zur Entwicklung pädagogischer Konzepte an den allgemein bildenden Schulen. Aber auch zur Verbesserung der Situation der beruflichen Schulen. Enttäuschend sei es, dass ihnen im Koalitionsvertrag nur 14 Zeilen gewidmet sind, obwohl mindestens 70 % aller Schüler eines Jahrgangs berufliche Schulen besuchen. „Deshalb überzeugt uns die Aussage im Vertrag nicht ‚Wir wollen eine echte Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung‘“, so Bernhard Strube.

Zu häufig sei übrigens im Koalitionsvertrag von "soll", "soll geprüft werden" und "wird angestrebt" die Rede. Völlig fehlten Aussagen zur sozialpädagogischen und schulpсихologischen Beratung als Unterstützung des Lernens und zu einer Art Lehrer-Personalkonzept, das eine ausgewogene und qualitätsvolle Personalisierung aller Schulen mit Fachlehrern in den nächsten 10 Jahren sicherstellt und Studierenden für das Lehramt Perspektiven gibt.

Die Landeselterninitiative für Bildung befürchtet, dass sich die gut klingende Formel, anzustreben, "den Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft am Landeshaushalt schrittweise auf 30 % zu erhöhen", für die Schulen als Mogelpackung erweisen könne. Denn nehme man die zusätzlichen Ausgaben für die Universität, die wegen des Ausfalls von Studiengebühren, höherer Studentenzahlen sowie neuer wissenschaftlicher Einrichtungen und Studiengänge aufgebracht werden müssten, dann bleibe kein Plus für die Schulen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Strube